

Kleines Lexikon der Sprachtäuschung

Westliche Ökonomie arbeitet mit standardisierter Sprachtäuschung. Damit soll eine ihrer zentralen Funktionen verschleiert werden: die ständige, „vollautomatisierte“, leistungslose Vermehrung der Geldvermögen und deren lautlose Umverteilung von unten nach oben. Ein „Irrtum“ erzeugt immer den nächsten – nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in der Politik.

von Günther Moewes

Abnehmendes Wachstum

In 53 von 57 Jahren seit 1950 waren Bruttosozialprodukt und Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland größer als jemals zuvor. Eine geringfügige Abnahme gegenüber dem Vorjahr hat es genau vier Mal gegeben: 1965, 1975, 1982 und 1993. In 93 Prozent der Fälle hat also das Sozialprodukt zugenommen und nicht abgenommen. Dennoch wird fortwährend von „abnehmendem Wachstum“ gesprochen, und zwar immer dann, wenn das Sozialprodukt zwar größer geworden ist, die Zunahmegeschwindigkeit aber nicht so groß war wie im Vorjahr, wenn also die jährliche prozentuale Zuwachsrate etwas geringer war. Die suggerierte Abnahme fand also allenfalls in einer mathematischen Ableitung statt. Der irreführende Begriff „abnehmendes Wachstum“ könnte sprachlich wohlwollend gedeutet werden als „vorübergehendes Geringerwerden der ständigen Zunahme des Sozialprodukts“. Auch dann hat er mit der tatsächlichen Wirtschaftsentwicklung wenig zu tun. Diese fiktive Konstruktion eines „abnehmenden Wachstums“ soll verschleiern, dass es in Wirklichkeit dauernd Zuwächse gab, die nur nicht angemessen verteilt wurden. Sie wurde abgeleitet aus der ebenfalls fiktiven Konstruktion des so genannten >>> „Exponentiellen Wachstums“.

Angreiferstaaten

Von Gabor Steingart 2006 geprägter Begriff (Der Spiegel 37/06). Die westlichen Industriestaaten würden über kurz oder lang zu Verliererstaaten, wenn sie weiter versuchten, den straff und rücksichtslos gelenkten asiatischen Staatswirtschaften durch bloße Marktliberalität entgegenzuwirken. Das ist zweifellos gegenüber Ländern wie China und Indien teilweise richtig. Für andere Entwicklungsländer gilt es allerdings überhaupt nicht (siehe „Aufholjagd“). Bezweifelt werden muss auch, dass dies ein Kampf zwischen „vertikalen“ Staaten ist. Vielmehr handelt es sich hier längst um den „horizontalen“ Kampf globaler und mobiler Kapitalmacht und den Bevölkerungen, zwischen „leistungsloser Geldvermehrung“ und Arbeit. Es ist schließlich gleichgültig, ob der Sieg des Kapitals und die Verarmung der Bevölkerungen über Marktmechanismen oder Staatslenkung erreicht wird. Auch in China sind westliche Investoren die Gewinner und eine Milliarde Bauern die Verlierer. Auf deren Rücken hat die gelenkte Staatswirtschaft 950 Milliarden (!) Dollar sinnlos angehäuft. Sie kann sie nicht auf dem Markt werfen, ohne das Weltfinanzsystem zum Einsturz zu bringen. Stattdessen machen die reicheren Mittelschichten der USA mit diesem von China geliehenen Geld ihr letzte große Konsum-Sause. In dieser Situation sind zwei Szenarios denkbar: 1.) Auch die „Angreiferstaaten“ erleben nur vorübergehend ihr 19. Jahrhundert, heben danach ihre Sozialstandards an und verlieren so ihren Angreiferstatus. Oder 2.) Angreiferstaaten und westliche Industriestaaten enden gemeinsam in der globalen Plutokratie (Reichenherrschaft). Es gibt nur noch global agierende Mega-Milliardäre und globale Armut auf heutigem chinesischem Niveau. Survival of the Richest. Russland und die USA sind diesem Zustand schon sehr nahe.

Arbeitnehmer

heißt nicht derjenige, der Arbeit nimmt, sondern derjenige, der sie gibt. Arbeitgeber heißt dagegen nicht derjenige, der seine Arbeit gibt, sondern derjenige, der sie vom so genannten Arbeitnehmer nimmt. Die Begriffe wurden verdreht, weil Geben seliger ist als Nehmen, Arbeitgeber immer seliger sein wollen als Arbeitnehmer, Arbeitgeber nicht zugeben wollen, dass sie immer nur nehmen und – wenn sie schon ausnahmsweise einmal geben, dann nur fünf Euro aus der Uhrentasche.

Arbeitsbeschaffung

Der Begriff geht von der Vorstellung aus, dass es stets genügend Arbeitsvorrat gibt, auf den zurückgegriffen werden kann. Richtig ist, dass es aufgrund der notorischen Unterfinanzierung des Staates eine Fülle staatlicher Aufgaben gibt, die schlecht oder gar nicht erledigt werden: Kindergärten, Bildung, Altenpflege, ökologischer Umbau, Lebensmittelkontrolle, Gesundheitsvorsorge, Natur-, Landschafts-, Hochwasser- und Klimaschutz, Hilfe für die Dritte Welt. Diese unerledigten, gesellschaftsdienlichen Arbeiten werden jedoch längst übertroffen von einer Fülle von überflüssiger oder sogar schädlicher Beschäftigung im privaten Profitbereich: Verschwendung, Verdummung, Verpackung, Vergiftung, verlogene Werbung, Bürokratie, Büroflächenleerstand, sinnlose Transporte, Naturstörung, Rüstung und Kriege. Dieser Zustand kann nicht dadurch überwunden werden, dass ein paar Akademiker zum Laubfegen abgestellt werden, sondern nur, indem die Unterfinanzierung des Staates und die Überfinanzierung privater Kapitalmacht beseitigt werden, und das heißt, indem die leistungslose Vermehrung der privaten Geldvermögen abgestellt wird (Zinseszins, Hedge Fonds, Private Equity u.a.m). Aber selbst dann gilt: Eine so genannte „Vollbeschäftigung“ wird es in den westlichen Industriestaaten nie wieder geben. Die Arbeitsabschaffung durch Maschinen und Automaten kann niemals durch Arbeitsbeschaffung oder Arbeitserfindung kompensiert werden.

Arbeitslosigkeit

Während im Zuge der Industrialisierung das Geld immer mehr durch Maschinen verdient wird, versucht die Politik, diese Befreiung von menschlicher Arbeit als Fehlentwicklung darzustellen, als die Katastrophe „Arbeitslosigkeit“. Der ursprüngliche Jahrtausendtraum der Menschheit von der Befreiung von Arbeit durch die Maschine wird zum Albtraum, weil Arbeitseinkommen und Sozialsysteme ausgerechnet an die zurückgehende Arbeit und nicht an die steigende maschinelle Wertschöpfung gekoppelt werden. Im Gegenteil: Die Politik verunglimpft Unternehmer, die diese Befreiung vorantreiben. Sie führt Arbeitslosigkeit auf Faulheit zurück, die es durch „Arbeitsbeschaffung“ und Zwangsmaßnahmen zu überwinden gelte. Sie prophezeit seit 1965 ständig die unmittelbar bevorstehende „Wende auf dem Arbeitsmarkt“, die aber noch nie gekommen ist und auch nie kommen wird. Die Arbeitsabschaffung durch Maschinisierung und Automation lässt sich prinzipiell nicht durch >>> „Arbeitsbeschaffung“ kompensieren.

Arbeitsmarkt

Gibt es nicht. Ein Markt setzt voraus, dass die Marktteilnehmer Angebote auch ablehnen können. Das wird spätestens durch die so genannten „Hartz-Gesetze“ der Sozialdemokraten auch formal vereitelt. Anstatt das immer geringere Arbeitsplatzangebot durch Arbeitszeitverkürzung gerecht zu verteilen, wurde ein Arbeitszwang, eine Art neuer Arbeitsdienst für Billiglohn eingeführt. Reichen die Billiglöhne der Arbeitgeber zum Leben nicht aus, wird dies mit Steuermitteln ausgeglichen, um die Arbeitgeber zu entlasten (Arbeitslosengeld II für sog. „Aufstocker“).

Aufholjagd

Es wird auch ständig suggeriert, die Entwicklungsländer würden uns mit ihren hohen Wachstumsraten demnächst wirtschaftlich überholen. (Siehe >>> „Angreiferstaaten“). Das trifft für China tatsächlich zu, für Indien schon weniger. Bei den meisten anderen

Entwicklungsländern ist tatsächlich das Gegenteil der Fall: Trotz ihrer höheren Wachstumsraten, holen sie nicht nur nicht auf - sie fallen vielmehr noch jahrzehntelang immer weiter gegenüber den Industrieländern zurück. Selbst bei hohen Wachstumsraten bleibt der Pro-Kopf-Zuwachs ihres Sozialprodukts weit geringer als bei hohem Sozialprodukt und geringer Wachstumsrate. Selbst wenn die Entwicklungsländer und Industrieländer ihr derzeitiges Wachstum halten könnten, würde zum Beispiel Indonesien noch 81 Jahre lang immer weiter zurückfallen. Erst danach würde die Kurve seines Pro-Kopf-Sozialprodukts zum ersten Mal beginnen, sich der der Industrieländer wieder anzunähern. Bei vielen anderen Ländern wie Kongo, Tadschikistan oder Moldawien wird eine solche Wende mit den heutigen Daten überhaupt nie erreicht.

Demographieproblem

gibt es nicht. Es gibt natürlich den sogenannten „Demographischen Wandel“, die ständige Erhöhung der Lebenserwartung infolge Medizin, Hygiene und Abnahme schwerer körperlicher Arbeit. Es ist aber unrichtig, dass deshalb immer weniger Junge für immer mehr Alte arbeiten müssen. Richtig ist vielmehr, dass immer mehr Maschinen für die immer mehr Alten arbeiten. Der Zuwachs an Maschinen war stets größer als der Zuwachs von arbeitsunfähigen Alten. Der Wohlstand, das Bruttoinlandprodukt hat sich so trotz ständig abnehmender Menschenarbeit und trotz der immer weniger arbeitsfähigen Jüngeren ständig erhöht. Seit 1971 hat es sich mehr als verdoppelt. Es gibt also trotz der immer mehr Alten und der immer weniger Arbeitsfähigen immer mehr zu verteilen. „Demographieproblem“ und >>> „Rentenproblem“ sind also keine Folge des „Demographischen Wandels“, sondern des Bismarck'schen >>> Umlagesystems. Es sorgt dafür, dass die immer weniger Arbeitenden sich gefälligst gegen Arbeitsunfähigkeit untereinander selbst versichern müssen, damit das immer mehr von Maschinen statt von Menschen verdiente Geld einseitig von der Kapitalseite eingesteckt werden kann.

Dienstleistungsgesellschaft

Einer der unsinnigsten Begriffe der modernen Ökonomie. Danach soll der rasante Verlust von Industriearbeitsplätzen angeblich durch Dienstleistungsarbeitsplätze wettgemacht werden. Tatsächlich ist jedoch der Abbau von Arbeitsplätzen hier längst genau so groß, wenn nicht noch größer. Scheinzuwächse entstehen lediglich, indem zum Beispiel die boomende Zeitarbeitsbranche einfach dem Dienstleistungssektor zugerechnet wird. Der Abbau von Dienstleistungsarbeitsplätzen erfolgt nicht nur durch Rationalisierung und Computerisierung, sondern vor allem durch unbezahltes Abwälzen von Arbeit auf den Kunden. Statt einer Dienstleistungsgesellschaft entsteht die „Selbstbedienungsgesellschaft“: Selbstbedienungsläden, Selbstbedienungsrestaurants, Selbstbedienung der Wirtschaftsbosse und der Politiker, Selbstwählen unsinniger Bandauskünfte, Selbstablieferung von Paketen an Packstationen, Selbstmontage der Möbel, Selbstausfüllen von immer mehr computerlesbaren Fragebögen, Selbstbuchung von Tickets, Selbsthilfegruppen, Onlinebanking und immer weniger Filialen, Haltestellen und Briefkästen, immer weitere Wege. Immer mehr Leistungen, Kosten und Transportvorgänge werden ohne Gegenleistung dem Kunden auferlegt. Immer mehr Personal wird zugunsten der Shareholder und zulasten der Kunden eingespart. Überall werden die Schlangen an den Kassen und Schaltern immer länger. Auch der Staat versteht sich immer weniger als „Dienstleister“. Er tauft zwar seine Ämter in „Bürgerbüros“ und „Service-Agenturen“ um, wälzt aber immer mehr Verantwortung auf seine Wähler und auf die Privatwirtschaft ab, die nun für Arbeits-, Einkommens- und Obdachlosigkeit die Eigen- oder Selbstverantwortung tragen. Es kommt die private Eigenverantwortungsgesellschaft. Je größer Versagen und Selbstentmachtung des Staates, desto größer die Privatisierungs- und Heilsversprechungen.

Exponentielles Wachstum

des Sozialprodukts ist ein Phantom. Das reale (d.h. inflationsbereinigte) Wachstum des BIP stieg in der Bundesrepublik und in Gesamtdeutschland seit 1950 stets nur linear. Es folgt einer leicht ansteigenden Geraden. Das gilt auch für die meisten westlichen Industrieländer. Lediglich

das nominale Wachstum ist leicht exponentiell, und zwar infolge der Inflationsrate. Wer also ein real lineares Wachstum fälschlich exponentiell (d.h. in Prozentraten gegenüber dem Vorjahr) angibt, misst in Wirklichkeit fast nur die Inflationsrate. Wäre auch das reale Wachstum tatsächlich exponentiell verlaufen, hätten wir eine Umweltkatastrophe unvorstellbaren Ausmaßes. Warum wird es dann fälschlich exponentiell gemessen? Weil dann bei einem nur linearen Anstieg die Prozentrate ständig sinkt und damit das dauernde Krisengejammer und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit begründet werden kann. Auch ein linearer Anstieg des BIP führt zu dessen ständigem Anstieg, der zu Beginn sogar größer sein kann als ein exponentieller. Während ein „exponentielles Wachstum“ zu einer Verdoppelung nach jeweils gleichen Zeitschritten führen würde (1,2,4,8,16,32...), bleiben beim „linearen Wachstum“ die Zuwächse nach gleichen Zeitschritten jeweils gleich (1,2,3,4,5,6...). Misst man den linearen Anstieg des Sozialprodukts exponentiell, so misst man seismografische Schwankungen der Zuwachsgeschwindigkeit. Man suggeriert ein Auf und Ab der Wirtschaftsentwicklung, dass es so nicht gibt, das aber in durch unzählige grafische Darstellungen solcher „Kondratieffschen Wellen“ geistert. Der so suggerierte periodische Rückgang wird dann als >>> „abnehmendes Wachstum“ bezeichnet. Damit kann man das dauernde, unbegründete Krisengejammer legitimieren, die Arbeitslosigkeit begründen und die >>> leistungslose Geldvermehrung verschleiern.

Finanzierbarkeit, mangelnde

Allzweck-Keule. Wird immer dann benutzt, wenn Versuche abgewehrt werden sollen, die schleichende, lautlose Umverteilung von unten nach oben zu bremsen. Da sich seit 1971 in Deutschland das BIP mehr als verdoppelt, der Exportüberschuss mehr als versiebzehnfacht und die privaten Geldvermögen mehr als verdreizehnfacht haben, gibt es praktisch nichts, was nicht bei richtiger Politik mühelos finanziert werden könnte. Mangelnde F. wird z.B. der Forderung nach einem gesetzlich garantierten Grundeinkommen entgegengehalten. Tatsächlich ließen sich zwei Drittel davon mühelos durch Zusammenfassung und Entbürokratisierung bereits bestehender Transfereinkommen finanzieren. Das gilt vor allem dann, wenn Rentenbeiträge als Solidarbeitrag begriffen werden und nicht mehr als Kapitallebensversicherung, wozu uns die Politiker (mit Ausnahme des NW-Ministerpräsidenten) ja neuerdings drängen. Das restliche Drittel müsste allerdings mit dem rasant zunehmenden Geld finanziert werden, das leistungslos von den immer mehr Maschinen verdient wird und von dem die Bevölkerung bisher nichts abbekommt.

Freiheit

Das ursprünglich hart erkämpfte Menschenrecht wird immer mehr auf bloße Konsumfreiheit, Wirtschaftsfreiheit und die Freiheit der Starken eingeeengt. Meinungsfreiheit ist zur Privatangelegenheit der Medien geworden, in denen selbst Nachrichten und Elementarinformationen in Meinungssendungen umfunktioniert werden. Der Bürger hält die Wahl zwischen dreißig verschiedenen Automarken, Privatversicherungen, Reisezielen und Klodeckeln für „Freiheit“. Aber selbst diese Freiheiten können sich die immer größeren, einkommensschwachen Teile der Bevölkerung immer weniger leisten. Das ist offensichtlich beabsichtigt, wenn es in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Merkel heißt: „Wir können den Schwachen dann und nur dann etwas abgeben, wenn wir Starke haben, die alle anderen mitziehen“. Die Freiheit immer größerer Teile der Bevölkerung besteht offensichtlich darin, die Starken zu bitten, ihnen etwas „abzugeben“ und sie „mitzuziehen“. Der Sozialstaat als Mitleidsveranstaltung der Reichen. Diese Form von Freiheit soll dann anderen Staaten unter Waffengewalt aufoktroiyert werden. Man sagt Freiheit und meint Kapitalismus, Wirtschaftsfreiheit.

Geldverbrennung I

„Bei Kursstürzen verbrennt Geld“. Dieser Satz ist genau so falsch wie der Satz: „Bei Kursanstiegen entsteht Geld“. Mit Ausnahme der so genannten „Erstmission“ ist der normale Aktienhandel in der Regel ein reines Wettgeschehen, ein volkswirtschaftliches Nullsummenspiel. Bei lang anhaltendem Kursanstieg können sich natürlich alle Anleger in dem Bewusstsein sonnen, jederzeit mit Gewinn wieder aussteigen zu können. Aber auch hier gilt: Insgesamt kann nie mehr Geld herausgeholt werden, als hineingesteckt wurde. Alles Geld, das verloren wird, ist vorher von irgendjemandem gewonnen worden. Das insgesamt hineingesteckte Geld kann nicht mit dem Kursanstieg multipliziert und dann auf einen Schlag realisiert werden. Eine solche Gesamtsumme wäre fiktiv. Und genau diese fiktive Gesamtsumme „verbrennt“ in der Regel auch nur bei einem Kursrückgang. Alle realisierten Gewinne werden dagegen von irgendjemandem bezahlt: bei steigenden Kursen von denen, die später zum höheren Preis kaufen, bei fallenden Kursen von denen, die später zu einem geringeren Preis verkaufen. Auch der so genannte „Crash“ bildet da keine Ausnahme. Er entsteht, wenn es plötzlich nur noch Verkaufsoffer gibt, aber fast keine Kauforder mehr. Dann sind alle diejenigen, die verkaufen, ihr Geld los. Sinkt der Kurs unter den theoretisch realisierbaren Unternehmenswert, ist die Aktie unterbewertet. Da der Anleger nicht wie ein normaler Gläubiger den Verkauf des Unternehmens veranlassen kann, ist dieses Geld tatsächlich solange „verbrannt“, bis die Aktie von einem neuen Käufer dann viel zu billig wieder erworben wird. Dieser Käufer hat dann das „verbrannte“ Geld wieder auf seinem Konto. Oft entsteht ein „Crash“ ja nur, weil Großanleger an einem Freitag per Mausclick ihr Geld abziehen. Das Geld ist dann auf deren Konten und wird von den Kleinanlegern bezahlt, die das am Sonnabend in der Zeitung lesen und erst am Montag zur Sparkasse kommen. Auch das Börsengeschehen hat deshalb eine Umverteilungsfunktion von unten nach oben. Um das zu verheimlichen, sagt man den Kleinanlegern, ihr Geld sei „verbrannt“.

Geldverbrennung II

Aber ist nicht wenigstens während der Finanzkrise infolge der getarnten, faulen US-Immobilienkredite „Geld verbrannt“? Plötzlich fielen ja alle diese Papiere praktisch auf Null, obwohl sie ja nebenher durchaus auch reale Werte enthielten. Unter www.heute.de v. 25.2.08 ist aufgezählt, wer alle an der US-Immobilienkrise verdient hat: 1.) Alle, die gegen den Markt gewettet haben: John Paulson (2,7 Mrd.), Goldman Sachs (ebenfalls mehrere Mrd.) und sog. Geier-Milliardäre wie Warren Buffet, die sog. Geier-Rallyes veranstalten, 2.) ausländische Staatsfonds (z.B. die GIC Singapur, der Staatsfonds der Vereinigten Arabischen Emirate), die Bankanteile nach den Kurseinbrüchen zu Schnäppchenpreisen erwarben (z.B. Anteile der Schweizer UBS), 3.) Die Schwellenländer, denn das in den Industrieländern abgezogene Geld wandert nach China, Russland, Indien usw., 4.) die US-Immobilienmakler, die nicht nur in jedem Fall durch ihre Courtagen verdienen, sondern auch noch durch Beratung der Banken. 5.) alle Fonds, Investoren und sonstige Hauskäufer, die anschließend die Schrott-Immobilien zu Preisen weit unter Wert erwerben konnten.

Gespür für das Machbare

Vornehme Umschreibung für Konformismus und Visionslosigkeit bei Politikerwürdigungen.

Globalisierung

Das Gegenteil von Regionalisierung. Alle Globalisierung begünstigt das mobile Kapital von „Angreiferstaaten“ (Der Spiegel), nicht aber deren verarmte Bevölkerungen, auch nicht deren durchaus mobile Wanderarbeiter. (siehe China). Alle Regionalisierung schützt die notgedrungen wenig mobilen Arbeitenden. Das globale System ist notorisch unzuverlässig. Wer heute Gewinner ist, kann morgen Verlierer sein und umgekehrt. Zuverlässigkeit kann nur durch ein gewisses Maß an Autarkie und nur in kleinem Maßstab gesichert werden. Auch im ressourcenarmen Deutschland könnte Autarkie hergestellt werden: auf dem Agrarsektor sofort,

auf dem Energiesektor nach einiger Zeit und auf dem Geldsektor zumindest teilweise.

Halbierung der Arbeitslosigkeit

Von Gerhard Schröder versprochen. Nie eingetreten. In den 70er und 80er Jahren glaubte man, für die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit seien sechs Prozent Wachstum erforderlich, für ihre Halbierung drei Prozent. Die Unsinnigkeit einer solchen Annahme wird schon durch folgende Überlegung deutlich: Das Sozialprodukt hat sich in Deutschland seit 1971 verdoppelt, seit 1962 verdreifacht. Lässt man einmal die neuen Bundesländer außen vor, so bedeutet ein Prozent Wachstum heute absolut die gleiche Zunahme des Sozialprodukts wie durch zwei Prozent 1971 oder drei Prozent 1963. Die Arbeitslosigkeit hat sich aber seitdem keineswegs halbiert. Sie ist vielmehr ständig parallel zum Sozialprodukt gestiegen.

Humankapital

Begriff aus VWL und BWL, in letztere hauptsächlich von Milton Friedmann eingeführt. Erinnert fatal an „Menschenmaterial“. 2005 in Deutschland „Unwort des Jahres“. Zeigt exemplarisch, wie weit sich die Begriffswelt der Ökonomen vom allgemeinen Sprachverständnis entfernt hat. Gemeint ist lt. Wirtschaftslexika „das menschliche Potential an Fähigkeiten, Fertigkeiten und Wissen“, das geeignet ist, „ökonomisch verwertbare Tätigkeiten auszuüben und Einkommen zu erzielen“. Reduzierung auf monetäre Verwertbarkeit statt Gesellschaftsdienlichkeit oder Verantwortbarkeit. Ziel solcher Begriffsbildungen der Ökonomie ist offensichtlich die allmähliche Verschiebung des gesellschaftlichen Wertekanons zugunsten der Reichen. Dies ist offenbar gelungen, wenn die Kanzlerin 2005 in ihrer Regierungserklärung von „Starken“ spricht, die den „Schwachen“ etwas „abgeben“ und damit offenbar „Reiche“ und „Arme“ meint (genauer Wortlaut siehe unter „Freiheit“). Typisch war auch die Reaktion der Ökonomen auf die Wahl zum „Unwort des Jahres“: Man schlug vor, den Begriff durch „Humanvermögen“ zu ersetzen. Heilung durch Wörtertausch: Raumpflegerin statt Putzfrau, Seniorenresidenz statt Altenheim, Serviceagentur statt Arbeitsamt, Reform statt Rollback.,

Industrialisierung

Ist der bisher größte Fortschrittssprung in der Menschheitsgeschichte. Sie eröffnet bisher nie gekannte Möglichkeiten unter anderem von Fortbewegung, Materialeigenschaften und Erkenntnissen, aber auch von Tötung und Zerstörung. Vor allem aber ist sie Befreiung von menschlicher Arbeit durch die Maschine. Es blieb dem Kapitalismus vorbehalten, diesen Jahrtausendtraum der Menschheit in den Albtraum „Arbeitslosigkeit“ zu verkehren. Die ursprüngliche Fortschrittserwartung ist so für große Teile der Menschheit zur Bedrohung geworden.

Inflationsausgleich

Während die Milliardäre sich jährlich leistungslos Millionen einstecken, glaubt der Durchschnittsbürger immer noch, Zinsen seien eine Art berechtigter Inflationsausgleich, ähnlich wie Lohnerhöhungen. 60 Prozent der Bevölkerung, vor allem also Mittelständler, glauben, sie seien Zinsgewinner. D. h., ihre Guthabenzinsen seien höher als ihre Schuldzinsen. In Wirklichkeit gehören über 80 Prozent der Bevölkerung zu den so genannten Zinsverlierern. Der Anteil an Sollzinsen in Steuern, Preisen, Mieten und Gebühren übersteigt ihre vergleichsweise lächerlichen Guthabenzinsen um ein Vielfaches. Die Inflationsrate ist dagegen marginal. Insofern sind Lohnerhöhungen auch kein Inflationsausgleich, sondern nur ein winziger Bruchteil der lautlosen und unsichtbaren Schattenzahlungen der Arbeitenden an die reichen Nichtarbeitenden, ein lächerlicher Scheinausgleich für die geraubte reale Wertschöpfung.

Kondratieffsche Wellen

suggerieren einen ständigen, angeblich konjunkturbedingten Wechsel zwischen einem steigenden und einem vermeintlich sinkenden Wachstum. Tatsächlich sinkt aber überhaupt nichts. Vielmehr nimmt das Sozialprodukt unaufhörlich und unbekümmert weiter zu. Es wechselt nur die Geschwindigkeit der Zunahme, und auch die nur äußerst geringfügig. Die „Wellen“ gibt es also nur in einer mathematischen Ableitung. Das ist der Trick.

Konjunktur

Angeblich rhythmisch auftretende Boomphasen der Wirtschaftsentwicklung. Der Wechsel zwischen Konjunktur und Krise folge so genannten „Kondratieffschen Wellen“ (Nach ihrem „Entdecker“ Kondratieff).

Leistungslose Geldvermehrung

ist das Grundproblem des Kapitalismus: Seit 1950 steigen die privaten Geldvermögen real stark exponentiell (5,5 – 5,9 %), während das BIP (Bruttoinlandprodukt) real nur linear anstieg und ansteigt. Bis 1993 lag die exponentielle Kurve der privaten Geldvermögen unter der linear ansteigenden Geraden des realen BIP. Die Welt war noch in Ordnung. Bis 1973 stieg das reale BIP sogar schneller als an als die privaten Geldvermögen (Wirtschaftswunderzeit). Ab 1975 begannen dann die realen privaten Geldvermögen schneller zu steigen als das reale BIP und überholten es schließlich 1993. Von nun an öffnet sich die Armut- und Reichtumsschere: Die Kurve der realen privaten Geldvermögen steigt immer steiler an, weil ihr zugrunde liegendes Vermehrungspotential ebenfalls exponentiell ansteigt. Sie nähert sich immer mehr der Vertikalen, während das reale BIP beharrlich weiter der schwach ansteigenden Geraden folgt. Das ist das Grundproblem des Kapitalismus: Während die reale Wertschöpfung nur linear ansteigt, steigt die Abschöpfung exponentiell. Immer größere Teile der durch Arbeit erbrachten Wertschöpfung werden durch Zinseszins und immer neue Finanzmarktstrukturen leistungslos abgeschöpft.

Liquidität

Mit dem Begriff „Bereitstellung von Liquidität“ soll eins der Grundprobleme des Kapitalismus bemäntelt werden, die >>> „leistungslose Geldvermehrung“. Durch sie werden immer größere Teile des BIP und der durch Arbeit erbrachten Wertschöpfung leistungslos abgeschöpft. Alles unter dem Vorwand der „Bereitstellung von Liquidität“.

Nullwachstum

Wenn eine Stadt 100 000 Wohnungen hat und jedes Jahr 4000 Wohnungen hinzubaut – wieviel Prozent Wachstum sind das? Die Antwort auf diese Frage lautet in 90 % der Fälle: 4 %. Diese Antwort ist falsch. Die richtige Antwort muss lauten: es ist Nullwachstum. Obwohl sich der Wohnungsbestand alle 25 Jahre verdoppelt, sprechen die Ökonomen von „Nullwachstum“, weil die Produktion ja stets gleich bleibt und nicht wächst. In den Wirtschaftslexika wird Wachstum definiert als „die Vermehrung von Gütern und Dienstleistungen“. Genau diese findet aber auch bei dem so genannten „Nullwachstum“ der Ökonomen statt. Der gesunde Menschenverstand und manche Wirtschaftslexika setzen dagegen „Nullwachstum“ mit „völligem Stillstand“ gleich. „Nullwachstum“ bedeutet also nicht, dass die Stadt nicht mehr wächst, sondern nur, dass ihr Wachstum sich nicht ständig beschleunigt. Erst bei einer ständigen Beschleunigung des Produktionsanstiegs, bei einem Wachstumswachstum sozusagen, sprechen die Ökonomen scheinheilig von „Wachstum“. Hintergrund dieser eigenwilligen Begriffsbildung ist auch hier wieder ein Alarmismus, der alle normalen Entwicklungen als Defizit deutet und nur renditeträchtige Beschleunigungen gelten lässt.

Populismus

Schimpfwort einer arroganten, abgehobenen und fachblinden Politikerkaste für diejenigen, die sich noch nicht vom Volk entfernt haben. Die also an die Stelle des so genannten „imperativen Mandats“ noch den Bevölkerungswillen setzen wollen. „Populistisch“ ist danach vor allem das Volk. „Populistisch“ ist, wer in Sachen Afghanistan, Rente mit 67, Mindestlohn und Internetüberwachung so denkt wie zwei Drittel der Bevölkerung. „Populistisch“ ist zum Beispiel auch der Venezuelaner Chavez, wenn er möchte, dass Regierungschefs so oft wiedergewählt werden können wie Kohl und Adenauer.

Privatisierung

heißt einer der Vorwände, unter denen Wertschöpfung, Sozialprodukt, Arbeitseinkommen, Bildung und Daseinsvorsorge der leistungslosen Geldvermehrung zur Ausplünderung vorgeworfen werden. Je mehr Aufgaben dem Staat und der demokratischen Kontrolle entzogen und dem privaten Kapital ausgeliefert werden, desto aufwendiger die Wahlkämpfe, in denen man die Vertreter für die immer wenigeren Restaufgaben wählen lässt. Privatisierung verursacht erst das Staatsversagen, mit dem sie dann gerechtfertigt wird. Beispiel: Anstelle der staatlich organisierten Daseinsvorsorge hat der Bürger die „Freiheit“, zwischen 30 undurchschaubaren Privatversicherungen zu wählen. Wird er dabei über den Tisch gezogen, ist es seine Schuld, nicht die des Staates.

Protektionismus

Der Begriff ist von der Ökonomie inzwischen absichtsvoll diskreditiert worden, weil er den vermeintlich „freien Welthandel“ behindere. Das trifft jedoch vor allem auf protektionistische Maßnahmen der westlichen Industriestaaten zu. Während früher Protektionismus dem Schutz der Bevölkerungen der wirtschaftlich schwächeren Staaten diene, dient er heute der Gier westlicher und asiatischer Kapitalmacht. Tatsächlich kann eine demokratische, d.h. bevölkerungsgerechte Politik prinzipiell nicht ohne Schutzmaßnahmen vor der so genannten Globalisierung auskommen, vor Stromkonzernen, Billiglöhnen, Billigflaggen, Sonderwirtschaftszonen, Handelssubventionen, Steueroasen, und Immobiliendiebstählen so genannter „Investoren“.

Reform

Politfossilien aus dem 19. Jahrhundert versuchen, den von ihnen beabsichtigten Rückschritt als „Reform“ darzustellen. Obwohl der Reichtum insgesamt ständig steigt, sollen alle mühsam erkämpften sozialen Errungenschaften nach und nach wieder zurückgedreht werden: Arbeitszeitverkürzung, Inflationsausgleich, Kündigungsschutz, Koppelung der Renten an die Lohnentwicklung, kostenlose Bildung und ärztliche Versorgung, steuerliche Belastung der Kapitaleseite. Alles unter dem Vorwand, es ginge uns wirtschaftlich schlecht. Auch das ist eine Lüge. Tatsächlich sind Sozialprodukt und Wohlstand größer als jemals zuvor in der Geschichte. Sie kommen jedoch nicht der breiten Bevölkerung zugute, sondern nur der leistungslosen Geldvermehrung der ohnehin schon Reichen. Nur sie werden von der Politik durch die so genannten „Reformen“ ständig bedient. Die „Reformlüge“ ist zwar allgemein erkannt worden. Es gibt jedoch Halfossilien, die glauben, dass die Vollfossilien zumindest in einem Punkt Recht haben: Arbeitslosigkeit lasse sich nur durch exponentielles Wachstum beseitigen.

Rentenproblem

Entsteht angeblich, weil aufgrund des „demografischen Wandels“ immer weniger Junge für immer mehr Alte arbeiten oder „bluten“ (Exkanzler Schröder) müssen. Weshalb gibt es dann in Europa trotzdem eine Jugendarbeitslosigkeit von durchschnittlich 25 Prozent? In Wirklichkeit kann an eine gleich gebliebene Bevölkerung jedes Jahr ein größeres Sozialprodukt verteilt werden als jemals zuvor, denn wir haben ja immer noch Wirtschaftswachstum. Das Rentenproblem ist also fiktiv, bzw. hausgemacht. Das immer größere Sozialprodukt wird nicht

von den Jungen erarbeitet, sondern von Maschinen. Es wird nur nicht verteilt, sondern einfach von den Kapitaleignern eingesteckt. Sie sind es, für die die immer weniger Jungen arbeiten müssen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit

Seit 1960 hat es in der BRD und Deutschland insgesamt fünf Mal einen Rückgang der Arbeitslosigkeit gegeben, den letzten 2007. Er wurde jedes Mal emphatisch als „die Wende auf dem Arbeitsmarkt“ bejubelt. Nach kurzer Zeit stieg die Arbeitslosigkeit jedoch stets umso schneller wieder an und überholte alle vorherigen Höchststände. Der Rückgang von 2007 beruhte überdies zum großen Teil auf Statistik-Manipulation. Es wurden einfach Teilzeit- und Minijobs als ganzer Arbeitsplatz gerechnet. In Wirklichkeit war das Arbeitsvolumen um 2,8 Millionen Arbeitsstunden gesunken, die Zahl sozialversicherungspflichtiger Vollzeitplätze sogar um eine Million. Maschinen geben nie wieder Arbeit an Menschen zurück. Die kurzfristigen Rückgänge entstehen, weil bei plötzlichen Konjunkturanstiegen einige Zeit vergeht, bis die Maschinerie nachgezogen hat. Bis dahin wird sie durch erhöhte Menschenarbeit aufgefangen. Hat die Maschinerie endlich nachgezogen, ist die Konjunktur längst wieder vererbt. Dann besteht doppelte Überkapazität. Die Arbeitslosigkeit steigt schneller, als sie vorher gesunken ist.

Schuldenabbau

Der Abbau von Staatsschulden wird gern als finanzpolitische Großtat gefeiert. Dabei wird vergessen, dass in geschlossenen Systemen die gesamten Schulden (Private Haushalte + Unternehmen + Staat) zusammen stets genau so groß sind wie die gesamten Geldvermögen (ebenfalls private Haushalte + Unternehmen + Staat). Solange also die gesamten Geldvermögen nicht verringert werden, werden auch die gesamten Schulden nicht geringer. Abbau von Staatsschulden bedeutet dann nur: Abwälzen auf Unternehmen und private Haushalte. Da der Staat fast keine Geldvermögen hat und im Bereich der Unternehmen Geldvermögen und Schulden insgesamt halbwegs ausgeglichen sind, können die gesamten Schulden nicht verringert werden, solange die privaten Geldvermögen gleich bleiben oder gar weiter ansteigen.

Sozialismus

Übernahme der Sprachtäuschung der früheren Ostblockstaaten, die sich selbst gerne als „sozialistisch“ bezeichneten, obwohl es unfreie, staatskapitalistische, hirn- und demokratielose Funktionärsregime waren (sog. „Real existierender S.“), die allerdings nach Stalin weltweit deutlich weniger Zivilisten umgebracht haben als z.B. die USA. Der Begriff wird von Konservativen gern benutzt, um den Verfechtern eines wirklichen und demokratischen Sozialismus zu unterstellen, sie wollten zurück zu den Ostblockregimen. Wenn ausgerechnet die diesem Begriff immer mehr entfremdete SPD ihn in ihr Programm aufnimmt, so vermutlich vor allem, um anderen die Stimmen derer abzujagen, die tatsächlich immer noch zum „Real existierenden“ zurück wollen. Tatsächlich wäre ein „demokratischer Sozialismus“ eine Politik, die die demokratisch immer unkontrolliertere Kapitalmacht endlich dem Willen der Bevölkerungen unterwirft. Genau das aber wollen von den Politikern bestenfalls 8 bis 12 Prozent.

Umlagesystem

Es wurde von Bismarck eingeführt und suggeriert, die künftigen Renten würden auf die heutigen Beitragszahler „umgelegt“. In Wirklichkeit legt es die Industrialisierungsgewinne auf die Kapitaleigner um und die Lasten auf die Arbeitenden. Letztere müssen sich gegen die Industrialisierungsfolgen untereinander selbst versichern, damit Erstere ungestört die Früchte der Industrialisierung einstecken können.

Umverteilung

Umverteilung erfolgt real ständig, und zwar lautlos von unten nach oben durch die installierten Mechanismen der leistungslosen Vermehrung der Geldvermögen (Zinseszins, Hedge-Fonds, Private Equity usw.). Sie nimmt immer dramatischere Ausmaße an. Von den Konservativen wird der Begriff jedoch genau umgekehrt auf alle Maßnahmen angewandt, die dieser real stattfindenden Umverteilung durch staatliche soziale Maßnahmen entgegenzuwirken suchen. Erstere sagen dann „Umverteilung“, meinen aber in Wirklichkeit Umverteilungsverhinderung.

Verringerung der Neuverschuldung

soll suggerieren, es würde irgendetwas verringert. Es wird aber keinerlei Verschuldung verringert. Verringert wird wieder nur die Geschwindigkeit der Zunahme, also wieder eine mathematische Ableitung (genau wie bei Wachstumsprozentsätzen und „Kondratieffschen Wellen“). Die Verschuldung steigt weiter, wenn auch etwas langsamer. Bisweilen wird sogar von einer „abnehmenden Verringerung der Neuverschuldung“ gesprochen. Das heißt in Wirklichkeit, dass die Verschuldung noch schneller ansteigt. Die Formulierung ist ähnlich unsinnig wie: „Lebenslang mit anschließender Sicherungsverwahrung“.

Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung mit 40 Wochenstunden für alle kann es nie wieder geben. Noch in den achtziger Jahren wurde von Ökonomen und Politikern vorgerechnet, eine Vollbeschäftigung sei nur ab sechs Prozent Wachstum möglich. Bei drei Prozent Wachstum werde die Arbeitslosigkeit halbiert. (Vergl. auch: „Halbierung der Arbeitslosigkeit“). Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Der Rückgang des Arbeitsvolumens wird nun absichtsvoll benutzt, um menschliche Arbeit ständig zu entwerten und zu erschweren (sog. „Prekarisierung“).

Wachstumsabhängigkeit

der Beschäftigungsrate. Auch diese Annahme gehört zu den großen Zeitgeistirrtümern der Moderne. Langfristig sind Sozialprodukt und Arbeitslosigkeit seit 1965 stets linear und parallel angestiegen: je größer das Sozialprodukt, desto größer die Arbeitslosigkeit. Zwei parallel verlaufende Vorgänge können sich nicht gegenseitig kompensieren. Beide sind Resultat ein und desselben Prozesses, nämlich der ständigen Erhöhung der Produktivität durch zunehmenden Maschineneinsatz. Natürlich kann die ständige Erhöhung des Sozialprodukts auch einmal vorübergehend zu einer höheren Zahl von Arbeitsplätzen führen, vor allem dann, wenn ein überdurchschnittlicher Teil in Löhne und Konsum fließt oder wenn eine zu geringe Investitionsrate den Maschinisierungsprozess verzögert. Solche vorübergehenden Einbrüche beim Anstieg der Arbeitslosigkeit werden dann seit Ludwig Erhard stets wortgleich als die endgültige „Wende auf dem Arbeitsmarkt“ bejubelt. Dieser Jubel macht dann nach kurzer Zeit wieder der Realität Platz.

Wende auf dem Arbeitsmarkt

Wird seit 1965 ständig wortgleich prophezeit, ist jedoch nie eingetreten. Sie könnte sofort erreicht werden durch gleichmäßige Verteilung des verbliebenen Arbeitsvolumens, d. h. durch Verkürzung der Arbeitszeit.

Kleines Lexikon der Sprachtäuschung

Westliche Ökonomie arbeitet mit standardisierter Sprachtäuschung. Damit soll eine ihrer zentralen Funktionen verschleiert werden: die ständige, „vollautomatisierte“, leistungslose Vermehrung der Geldvermögen und deren lautlose Umverteilung von unten nach oben. Ein „Irrtum“ erzeugt immer den nächsten – nicht nur in der Ökonomie, sondern auch in der Politik.

von Günther Moewes

Gewinnwarnung

muss natürlich „Verlustwarnung“ heißen, weil sie meist zumindest Kursverluste nach sich zieht. Bestenfalls „Warnung vor zu viel Gewinnerwartung“. Gewinnen macht sich aber besser als Verlieren, genau so wie Geben (bei „Arbeitgeber“) seliger ist als als nehmen.

Industrialisierung

ist der bisher größte Fortschrittssprung in der Menschheitsgeschichte. Sie eröffnet bisher nie gekannte Möglichkeiten unter anderem von Fortbewegung, Materialeigenschaften und Erkenntnissen, aber auch von Tötung und Zerstörung. Vor allem aber ist sie Befreiung von menschlicher Arbeit durch die Maschine. Es blieb dem Kapitalismus vorbehalten, diesen Jahrtausendtraum der Menschheit in den Albtraum „Arbeitslosigkeit“ zu verkehren. Die ursprüngliche Fortschrittserwartung ist so für große Teile der Menschheit zur Bedrohung geworden.

Inflationsausgleich

Während die Milliardäre sich jährlich leistungslos Millionen einstecken, glaubt der Durchschnittsbürger immer noch, Zinsen seien eine Art berechtigter Inflationsausgleich, ähnlich wie Lohnerhöhungen. 60 Prozent der Bevölkerung, vor allem also Mittelständler, glauben, sie seien Zinsgewinner. D. h., ihre Guthabenzinsen seien höher als ihre Schuldzinsen. In Wirklichkeit gehören über 80 Prozent der Bevölkerung zu den so genannten Zinsverlierern. Der Anteil an Sollzinsen in Steuern, Preisen, Mieten und Gebühren übersteigt ihre vergleichsweise lächerlichen Guthabenzinsen um ein Vielfaches. Die Inflationsrate ist dagegen marginal. Insofern sind Lohnerhöhungen auch kein Inflationsausgleich, sondern nur ein winziger Bruchteil der lautlosen und unsichtbaren Schattenzahlungen der Arbeitenden an die reichen Nichtarbeitenden, ein lächerlicher Scheinausgleich für die geraubte reale Wertschöpfung.

Kondratieffsche Wellen

suggestieren einen ständigen, angeblich konjunkturbedingten Wechsel zwischen einem steigenden und einem vermeintlich sinkenden Wachstum. Tatsächlich sinkt aber überhaupt nichts. Vielmehr nimmt das Sozialprodukt unaufhörlich und unbekümmert weiter zu. Es wechselt nur die Geschwindigkeit der Zunahme, und auch die nur äußerst geringfügig. Die „Wellen“ gibt es also nur in einer mathematischen Ableitung. Das ist der Trick.

Konjunktur

Angeblich rhythmisch auftretende Boomphasen der Wirtschaftsentwicklung. Der Wechsel zwischen Konjunktur und Krise folge so genannten „Kondratieffschen Wellen“ (Nach ihrem „Entdecker“ Kondratieff).

Leistungslose Geldvermehrung

ist das Grundproblem des Kapitalismus: Seit 1950 steigen die privaten Geldvermögen real stark exponentiell (5,5 – 5,9 %), während das BIP (Bruttoinlandprodukt) real nur linear anstieg und ansteigt. Bis 1993 lag die exponentielle Kurve der privaten Geldvermögen unter der linear ansteigenden Geraden des realen BIP. Die Welt war noch in Ordnung. Bis 1973 stieg das reale BIP sogar schneller als an als die privaten Geldvermögen (Wirtschaftswunderzeit). Ab 1975 begannen dann die realen privaten Geldvermögen schneller zu steigen als das reale BIP und überholten es schließlich 1993. Von nun an öffnet sich die Armut- und Reichtumsschere: Die Kurve der realen privaten Geldvermögen steigt immer steiler an, weil ihr zugrunde liegendes Vermehrungspotential ebenfalls exponentiell ansteigt. Sie nähert sich immer mehr der Vertikalen, während das reale BIP beharrlich weiter der schwach ansteigenden Geraden folgt. Das ist das Grundproblem des Kapitalismus: Während die reale Wertschöpfung nur linear ansteigt, steigt die Abschöpfung exponentiell. Immer größere Teile der durch Arbeit erbrachten Wertschöpfung werden durch Zinseszins und immer neue Finanzmarktstrukturen leistungslos abgeschöpft.

Linksruck

Meist von konservativer Seite nach Wahlen behauptete Bewegung des Wählerverhaltens. Als Beweis wird das Entstehen einer neuen Partei am linken Rand angeführt. Tatsächlich haben sich Wirtschaft, Politik und etablierte Parteien seit dem Godesberger Programm der SPD und erst recht seit dem Ahlener Programm der CDU unentwegt nach rechts bewegt, während die Bevölkerung etwa da geblieben ist, wo sie schon immer war, sich zumindest nicht nach links bewegt hat. Selbst der über jeden Linksverdacht erhabene NW-Ministerpräsident beklagt sich in einem ZEIT-Interview darüber, dass heute jeder Versuch einer Rückkehr zur sozialen Marktwirtschaft als „Linksruck“ denunziert wird. Auch Willy Brandts berühmte „Mehrheit links der Mitte“ gab es bestenfalls einmal sehr vorübergehend. Die beiden dort verorteten etablierten Parteien haben mittlerweile, erhebliche Potentiale rechts der Mitte. Der vermeintliche „Linksruck“ gehört genau so zum rechten Trickvokabular wie „Reform“, „populistisch“ usw.

Liquidität

Die immer abenteuerlichen Kapitalrenditen werden von den Konservativen gern mit dem Argument gerechtfertigt, sie seien notwendig, damit für die Wirtschaft genügend Liquidität bereitgestellt werde. Das mag ja für normale Zinsprozente noch gelten. Keynes nannte den Zins deshalb eine „Liquiditätsprämie“, ohne die niemand mehr Kapital bereitstellen würde und die Wirtschaft zum Erliegen käme. Tatsächlich haben wir jedoch längst viel zu viel Liquidität: Heute wird für die Realwirtschaft nur noch ein winziger Bruchteil des weltweit vorhandenen Kapitals benötigt. Experten sprechen von sechs bis 10 Prozent. Die anderen 94 Prozent sind reines Zockerkapital. Sie rasen täglich um den Globus auf der Suche nach Anlage. Ihre Hauptfunktion besteht nur noch darin, mit Hilfe immer abenteuerlicherer „Finanzprodukte“ immer größere Teile des realen BIP, d.h. der realen, von anderen durch Arbeit erbrachten Wertschöpfung leistungslos abzuschöpfen. Leistungslos - d.h. zumeist, ohne dafür eine gesellschaftsdienliche Gegenleistung zu liefern. Heutige Renditen von 25 % und mehr können auch kaum noch als notwendige „Liquiditätsprämie“ dargestellt werden.

Lohnerhöhungen

sind heute in den meisten Fällen reale Lohnkürzungen, Rentenerhöhungen in allen Fällen. Der dreisteste Täuschungsversuch ist die neue Angewohnheit, die Zuwachszinssätze von zwei Jahren einfach zu addieren. 5,5 % (wie das Angebot der Post im April 2008) sind dann in Wirklichkeit nur 2,69 % pro Jahr, also weniger als die gleichzeitige Inflationsrate, also ein realer Kaufkraftverlust, eine Kürzung. Auch die 10 % in zwei Jahren bei den Lokführern 2008 sind in Wirklichkeit jährlich nur 4,9 %, also nach Abzug der Inflation ein realer Zuwachs von jährlich etwa 1,9 %. Von einer Korrektur der Tatsache, dass da Leute mit einem mittleren

Sekretärinnengehalt die Verantwortung für das Leben von 300 bis 400 Fahrgästen tragen, konnte also keine Rede sein. Teilweise Abhilfe brächte ein gesetzlicher Inflationsschutz. Tarifverhandlungen müssten dann nur noch um wirkliche Erhöhungen geführt werden. Aber auch danach wären sogenannte Lohnerhöhungen noch lange keine wirklichen Erhöhungen. Tatsächlich machen sie nur einen winzigen Bruchteil jener unsichtbaren Schattenzahlungen aus, die durch die in den Preisen versteckten Zinsen laufend von der Arbeitsseite an die Kapitaleseite gezahlt werden. Da Staat und Unternehmen bekanntlich kaum noch Geld zu verleihen haben, sondern nur die reichsten 10 % der privaten Haushalte, erfolgen diese lautlosen Schattenzahlungen letzten Endes zum überwiegenden Teil von den Arbeitenden auf die Privatkonten der Reichen. Reale Lohnerhöhungen können davon immer nur einen verschwindend kleinen Bruchteil zurückholen.

Nullrunden

bei Löhnen und Renten sind keine Nullrunden, sondern jährliche Kürzungen um die Inflationsrate. Drei Jahre Nullrunden und die anschließende Erhöhung um 0,54 % im Jahr 2008 sind in Wirklichkeit eine Kürzung von fast 10 % in vier Jahren. Die als großzügiges Milliarden Geschenk deklarierte Aussetzung der „Riester-Treppe“ im Jahr 2008 reduzierte diesen realen Kaufkraftverlust um lächerliche 1,28 % von 10 auf etwa 8,7 %. Selbst diese Reduzierung der gewohnten Kürzung löste bei etablierten Parteien und Medien eine wütende Rentnerbeschimpfung aus. Besonders grotesk sind derartige Reaktionen angesichts der Erhöhung der privaten Geldvermögen der 10% Reichsten durch leistungslose Kapitalrenditen um jährlich satte 11 %. Offenbar hält man die leistungslose Bereicherung von Nichtarbeitenden und die organisierte Verarmung derer, die ihr Leben lang arbeiten oder gearbeitet haben, inzwischen für normal. Teilweise Abhilfe wäre ein gesetzlicher Inflationsschutz. (Siehe auch >>> Lohnerhöhungen).

Nullwachstum

Wenn eine Stadt 100 000 Wohnungen hat und jedes Jahr 4000 Wohnungen hinzubaut – wieviel Prozent Wachstum sind das? Die Antwort auf diese Frage lautet in 90 % der Fälle: 4 %. Diese Antwort ist falsch. Die richtige Antwort muss lauten: es ist Nullwachstum. Obwohl sich der Wohnungsbestand alle 25 Jahre verdoppelt, sprechen die Ökonomen von „Nullwachstum“, weil die Produktion ja stets gleich bleibt und nicht wächst. In den Wirtschaftslexika wird Wachstum definiert als „die Vermehrung von Gütern und Dienstleistungen“. Genau diese findet aber auch bei dem so genannten „Nullwachstum“ der Ökonomen statt. Der gesunde Menschenverstand und manche Wirtschaftslexika setzen dagegen „Nullwachstum“ mit „völligem Stillstand“ gleich. „Nullwachstum“ bedeutet also nicht, dass die Stadt nicht mehr wächst, sondern nur, dass ihr Wachstum sich nicht ständig beschleunigt. Erst bei einer ständigen Beschleunigung des Produktionsanstiegs, bei einem Wachstumswachstum sozusagen, sprechen die Ökonomen scheinheilig von „Wachstum“. Hintergrund dieser eigenwilligen Begriffsbildung ist auch hier wieder ein Alarmismus, der alle normalen Entwicklungen als Defizit deutet und nur renditeträchtige Beschleunigungen gelten lässt.

Populismus

Schimpfwort einer arroganten, abgehobenen und fachblinden Politikerkaste für diejenigen, die sich noch nicht vom Volk entfernt haben. Die also an die Stelle des so genannten „imperativen Mandats“ noch den Bevölkerungswillen setzen wollen. „Populistisch“ ist danach vor allem das Volk. „Populistisch“ ist, wer in Sachen Afghanistan, Rente mit 67, Mindestlohn und Internetüberwachung so denkt wie zwei Drittel der Bevölkerung. „Populistisch“ ist laut Medien zum Beispiel auch der Venezuelaner Chavez, wenn er möchte, dass Regierungschefs so oft wiedergewählt werden können wie Kohl und Adenauer.

Privatisierung

heißt einer der Vorwände, unter denen Wertschöpfung, Sozialprodukt, Arbeitseinkommen, Bildung und Daseinsvorsorge der leistungslosen Geldvermehrung zur Ausplünderung vorgeworfen werden. Je mehr Aufgaben dem Staat und der demokratischen Kontrolle entzogen und dem privaten Kapital ausgeliefert werden, desto aufwendiger die Wahlkämpfe, in denen man die Vertreter für die immer wenigeren Restaufgaben wählen lässt. Privatisierung verursacht erst das Staatsversagen, mit dem sie dann gerechtfertigt wird. Beispiel: Anstelle der staatlich organisierten Daseinsvorsorge hat der Bürger die „Freiheit“, zwischen 30 undurchschaubaren Privatversicherungen zu wählen. Wird er dabei über den Tisch gezogen, ist es seine Schuld, nicht die des Staates.

Protektionismus

Der Begriff ist von der Ökonomie inzwischen absichtsvoll diskreditiert worden, weil er den vermeintlich „freien Welthandel“ behindere. Das trifft jedoch vor allem auf protektionistische Maßnahmen der westlichen Industriestaaten zu. Während früher Protektionismus dem Schutz der Bevölkerungen der wirtschaftlich schwächeren Staaten diene, dient er heute der Gier westlicher und asiatischer Kapitalmacht. Tatsächlich kann eine demokratische, d.h. bevölkerungsgerechte Politik prinzipiell nicht ohne Schutzmaßnahmen vor der so genannten Globalisierung auskommen, vor Stromkonzernen, Billiglöhnen, Billigflaggen, Sonderwirtschaftszonen, Handelssubventionen, Steueroasen, und Immobiliendiebstählen so genannter „Investoren“.

Reform

Die heutige Politik versucht, den von ihr beabsichtigten Rückschritt als „Reform“ darzustellen. Obwohl der Reichtum insgesamt ständig steigt, sollen alle mühsam erkämpften sozialen Errungenschaften nach und nach wieder zurückgedreht werden: Arbeitszeitverkürzung, Inflationsausgleich, Kündigungsschutz, Koppelung der Renten an die Lohnentwicklung, kostenlose Bildung und ärztliche Versorgung, steuerliche Belastung der Kapitaleseite. Alles unter dem Vorwand, es ginge uns wirtschaftlich schlecht. Auch das ist eine Lüge. Tatsächlich sind Sozialprodukt und Wohlstand in den westlichen Industrieländern größer als jemals zuvor in der Geschichte. Sie kommen jedoch nicht der breiten Bevölkerung zugute, sondern nur der leistungslosen Geldvermehrung der ohnehin schon Reichen. Nur sie werden von der Politik durch die so genannten „Reformen“ ständig bedient. Die „Reformlüge“ ist zwar allgemein erkannt worden. Es gibt jedoch noch viele, die glauben, dass die selbst ernannten Reformer zumindest in einem Punkt Recht haben: Arbeitslosigkeit lasse sich nur durch exponentielles Wachstum beseitigen.

Rentenproblem

Entsteht angeblich, weil aufgrund des „demografischen Wandels“ immer weniger Junge für immer mehr Alte arbeiten oder „bluten“ (Exkanzler Schröder) müssen. Weshalb gibt es dann in Europa trotzdem eine Jugendarbeitslosigkeit von durchschnittlich 25 Prozent? In Wirklichkeit kann an eine gleich gebliebene Bevölkerung jedes Jahr ein größeres Sozialprodukt verteilt werden als jemals zuvor, denn wir haben ja immer noch Wirtschaftswachstum. Das Rentenproblem ist also fiktiv, bzw. hausgemacht. Das immer größere Sozialprodukt wird nicht von den Jungen erarbeitet, sondern von Maschinen. Es wird nur nicht verteilt, sondern einfach von den Kapitaleignern eingesteckt. Sie sind es, für die die immer weniger Jungen arbeiten müssen.

Rückgang der Arbeitslosigkeit

Seit 1960 hat es in der BRD und Deutschland insgesamt fünf Mal einen Rückgang der Arbeitslosigkeit gegeben, den letzten 2007. Er wurde jedes Mal emphatisch als „die Wende auf dem Arbeitsmarkt“ bejubelt. Nach kurzer Zeit stieg die Arbeitslosigkeit jedoch stets umso

schneller wieder an und überholte alle vorherigen Höchststände. Der Rückgang von 2007 beruhte überdies zum großen Teil auf Statistik-Manipulation. Es wurden einfach Teilzeit- und Minijobs als ganzer Arbeitsplatz gerechnet. In Wirklichkeit war das Arbeitsvolumen um 2,8 Millionen Arbeitsstunden gesunken, die Zahl sozialversicherungspflichtiger Vollzeitplätze sogar um eine Million. Von 1960 bis 2007 ist die Wochenarbeitszeit einschließlich der Teilzeitbeschäftigten von 41,4 auf 30,3 Stunden gesunken (DER SPIEGEL 17/08 aufgrund einer Allensbach-Untersuchung, S.74). Maschinen geben nie wieder Arbeit an Menschen zurück. Die kurzfristigen Rückgänge entstehen, weil bei plötzlichen Konjunkturanstiegen einige Zeit vergeht, bis die Maschinerisierung nachgezogen hat. Bis dahin wird sie durch erhöhte Menschenarbeit aufgefangen. Hat die Maschinerisierung endlich nachgezogen, ist die Konjunktur längst wieder verebbt. Dann besteht doppelte Überkapazität. Die Arbeitslosigkeit steigt schneller, als sie vorher gesunken ist.

Schuldenabbau

Der Abbau von Staatsschulden wird gern als finanzpolitische Großtat gefeiert. Dabei wird vergessen, dass in geschlossenen Systemen die gesamten Schulden (Private Haushalte + Unternehmen + Staat) zusammen stets genau so groß sind wie die gesamten Geldvermögen (ebenfalls private Haushalte + Unternehmen + Staat). Solange also die gesamten Geldvermögen nicht verringert werden, werden auch die gesamten Schulden nicht geringer. Abbau von Staatsschulden bedeutet dann nur: Abwälzen auf Unternehmen und private Haushalte. Da der Staat fast keine Geldvermögen hat und im Bereich der Unternehmen Geldvermögen und Schulden insgesamt halbwegs ausgeglichen sind, können die gesamten Schulden nicht verringert werden, solange die privaten Geldvermögen gleich bleiben oder gar weiter ansteigen.

Solidarprinzip

Dieser Begriff wird insbesondere von Sozialdemokraten immer dann bemüht, wenn es gilt, besonders unsolidarische Maßnahmen zu rechtfertigen. Beispiel: Mit Recht wird beanstandet, dass Rentner die 35 Jahre lang in die Rentenversicherung eingezahlt haben und dann genau so viel Rente bekommen, wie wenn sie gar nichts eingezahlt hätten und nur die Grundsicherung bekämen. Dem wird aber dann entgegengehalten, eine Änderung verstoße gegen das Solidarprinzip. Die gesetzliche Rente sei schließlich keine Kapitallebensversicherung. Dieses Argument gilt jedoch allenfalls für den Invaliditätsfall. Können die Beiträge aufgrund unverschuldeter Armut oder Arbeitslosigkeit nicht gezahlt werden, müssen sie vom Staat übernommen werden.

Sozialismus

Übernahme der Sprachtäuschung der früheren Ostblockstaaten, die sich selbst gerne als „sozialistisch“ bezeichneten, obwohl es unfreie, staatskapitalistische, hirn- und demokratielose Funktionärsregime waren (sog. „Real existierender S.“). Diese haben allerdings nach Stalin weltweit deutlich weniger Zivilisten umgebracht als z.B. die USA. Der Begriff wird von Konservativen gern benutzt, um den Verfechtern eines wirklichen und demokratischen Sozialismus zu unterstellen, sie wollten zurück zu den Ostblockregimen. Wenn ausgerechnet die diesem Begriff immer mehr entfremdete SPD ihn in ihr Programm aufnimmt, so vermutlich vor allem, um anderen die Stimmen derer abzujagen, die tatsächlich immer noch zum „Real existierenden“ zurück wollen. Tatsächlich wäre ein „demokratischer Sozialismus“ eine Politik, die die demokratisch immer unkontrolliertere Kapitalmacht endlich dem Willen der Bevölkerungen unterwirft. Genau das aber wollen von den Politikern bestenfalls 8 bis 12 Prozent.

Strukturwandel, notwendiger

Modischer Sammelbegriff für die Anpassung an Turbokapitalismus und Globalisierung, im Gegensatz zum dringend notwendigen sozialen und ökologischen Strukturwandel. Wenn man mit ehrlicher Arbeit kaum noch etwas erreichen kann, wenn gewählte Volksvertreter ihre Macht an nicht gewählte Investoren, „Heuschrecken“ und Abzocker „privatisieren“, wenn immer mehr Staatsaufgaben an demokratisch nicht mehr kontrollierte Stiftungen und Sponsoren delegiert werden, wenn gegen den Willen von zwei Dritteln der Bevölkerung und trotz immer weniger Arbeit die Rente mit 67 eingeführt, Kinderhorte für Doppelverdiener staatlich gefördert werden oder wenn Steuergelder im Namen der Freiheit in Afghanistan, vor dem Libanon oder am Horn von Afrika erfolglos verpulvert werden, wenn trotz gleichbleibender Bevölkerungszahl das zu beheizende Bauvolumen im Namen von „Arbeitsbeschaffung“ immer weiter aufgeblasen und in die Landschaft verstreut wird, wenn öffentliche Verkehrsmittel zur privaten Abzocke freigegeben werden, anstatt sie der Ökologie zuliebe staatlich zu fördern – dann sagen sie uns, das alles sei im Sinne des „harten, aber dringend erforderlichen globalen Strukturwandels“ unausweichlich. Wenn weltweit die sozialräumliche Segregation der Megastädte in luxuriöse Hotel- und Strandghettos, reiche „Speckgürtel“, festivalisierte Event-Cities und verwahrloste Unterschicht-Bezirke, favelas und slums fortschreitet, dann nennen sie auch das Strukturwandel und bestellen teure, schlapphuthbewehrte Lichtkünstler, um die Armenviertel „aufzuwerten“. Senkung von Unternehmenssteuer und Spitzensteuersatz, Mehrwertsteuererhöhung, Lohndumping, Nullrunden, Zeitarbeit, Ein-Euro-Jobs, Hartz IV – Strukturwandel, das ist die ständige, vorausseilende und einseitige Bedienung der Reichen und Konzerne unter dem Vorwand, dass sonst die Wirtschaft nicht liefe.

Umlagesystem

Es wurde von Bismarck eingeführt und suggeriert, die künftigen Renten würden auf die heutigen Beitragszahler „umgelegt“. In Wirklichkeit legt es die Industrialisierungsgewinne auf die Kapitaleigner um und die Lasten auf die Arbeitenden. Letztere müssen sich gegen die Industrialisierungsfolgen untereinander selbst versichern, damit Erstere ungestört die Früchte der Industrialisierung einstecken können.

Umverteilung

Umverteilung erfolgt real ständig, und zwar lautlos von unten nach oben durch die installierten Mechanismen der leistungslosen Vermehrung der Geldvermögen (Zinseszins, Hedge-Fonds, Private Equity usw.). Sie nimmt immer dramatischere Ausmaße an. Von den Konservativen wird der Begriff jedoch genau umgekehrt auf alle Maßnahmen angewandt, die dieser real stattfindenden Umverteilung durch staatliche soziale Maßnahmen entgegenzuwirken suchen. Erstere sagen dann „Umverteilung“, meinen aber in Wirklichkeit Umverteilungsverhinderung.

Unsichtbare Hand des Marktes

Berühmte Formulierung von Adam Smith, die die grundsätzlich Fähigkeit des Marktes zur Selbstregulierung beschreiben soll, nach der jeder Marktteilnehmer „einen Zweck fördert, den zu erfüllen er in keiner Weise beabsichtigt hat“. Die unsichtbare Hand gleiche Fehlentwicklungen automatisch aus: bei Verknappung führe sie zu einer Verteuerung, die zu einer Mehrproduktion anreize, bei Überteuering erzwingt ein zurückgehender Absatz eine Preissenkung usw. Angebot und Nachfrage, Leistung und Gegenleistung gleichen sich so stets automatisch einander an. Im modernen Marktliberalismus nehmen allerdings die „in keiner Weise beabsichtigten“ Nebenwirkungen in beängstigender Weise zu. Einige Beispiele: 1.) Finanzinvestoren kaufen global Lebensmittel auf, erzeugen durch Zurückhaltung in wenigen Tagen eine Verknappung und treiben so global die Preise hoch. Die daraufhin vermeintlich attraktiv gewordene Mehrproduktion kann aber frühestens bei der nächsten Ernte Wirkung zeigen. Bis dahin sind die Menschen verhungert (globale Lebensmittelkrise). 2.) Renditeabhängige „Boni“ von Finanzmanagern führen zu immer riskanteren Anlagen und am Ende eher zum Gegenteil der

ursprünglich beabsichtigten Wirkung (US-Immobilien- und Finanzmarktkrise). 3.) Zunehmende Maschinerisierung und Automation führen zu einem Überangebot an menschlicher Arbeit und damit zu deren „Prekarisierung“ und zu einem binnenwirtschaftlichen Nachfragerückgang, ohne dass es dadurch zu den vorausgesagten Preisrückgängen kommt.

Verringerung der Neuverschuldung

soll suggerieren, es würde irgendetwas verringert. Es wird aber keinerlei Verschuldung verringert. Verringert wird wieder nur die Geschwindigkeit der Zunahme, also wieder eine mathematische Ableitung (genau wie bei Wachstumsprozentsen und „Kondratieffschen Wellen“). Die Verschuldung steigt weiter, wenn auch etwas langsamer. Bisweilen wird sogar von einer „abnehmenden Verringerung der Neuverschuldung“ gesprochen. Das heißt in Wirklichkeit, dass die Verschuldung noch schneller ansteigt. Die Formulierung ist ähnlich unsinnig wie: „Lebenslang mit anschließender Sicherungsverwahrung“.

Vollbeschäftigung

Vollbeschäftigung mit 40 Wochenstunden für alle kann es nie wieder geben. Noch in den achtziger Jahren wurde von Ökonomen und Politikern vorgerechnet, eine Vollbeschäftigung sei nur ab sechs Prozent Wachstum möglich. Bei drei Prozent Wachstum werde die Arbeitslosigkeit halbiert. (Vergl. auch: „Halbierung der Arbeitslosigkeit“). Inzwischen ist Ernüchterung eingetreten. Der Rückgang des Arbeitsvolumens wird nun absichtsvoll benutzt, um menschliche Arbeit ständig zu entwerten und zu erschweren (sog. „Prekarisierung“).

Wachstumsabhängigkeit

der Beschäftigungsrate. Auch diese Annahme gehört zu den großen Zeitgeistirrtümern der Moderne. Langfristig sind Sozialprodukt und Arbeitslosigkeit seit 1965 stets linear und parallel angestiegen: je größer das Sozialprodukt, desto größer die Arbeitslosigkeit. Zwei parallel verlaufende Vorgänge können sich nicht gegenseitig kompensieren. Beide sind Resultat ein und desselben Prozesses, nämlich der ständigen Erhöhung der Produktivität durch zunehmenden Maschineneinsatz. Natürlich kann die ständige Erhöhung des Sozialprodukts auch einmal vorübergehend zu einer höheren Zahl von Arbeitsplätzen führen, vor allem dann, wenn ein überdurchschnittlicher Teil in Löhne und Konsum fließt oder wenn eine zu geringe Investitionsrate den Maschinerisierungsprozess verzögert. Solche vorübergehenden Einbrüche beim Anstieg der Arbeitslosigkeit werden dann seit Ludwig Erhard stets wortgleich als die endgültige „Wende auf dem Arbeitsmarkt“ bejubelt. Dieser Jubel macht dann nach kurzer Zeit wieder der Realität Platz.

Wende auf dem Arbeitsmarkt

Wird seit 1965 ständig wortgleich prophezeit, ist jedoch nie eingetreten. Sie könnte sofort erreicht werden durch gleichmäßige Verteilung des verbliebenen Arbeitsvolumens, d. h. durch Verkürzung der Arbeitszeit.